

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Sonntags monatlich 2-3 Mal. Das Blatt ist für den Postbezirk 1 bis 1000, außerhalb des Postbezirks 10 bis 2000. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Sonntags monatlich 2-3 Mal. Das Blatt ist für den Postbezirk 1 bis 1000, außerhalb des Postbezirks 10 bis 2000. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 30 — 94. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 5. Februar 1935

Bögerndes Entgegenkommen.

Der französische Ministerpräsident Flandin hat von erst auf dem Flugplatz Le Bourget in Frankreich von den Londoner Verhandlungen eingetroffen, den ihn dort Erwartenden sofort zugewandt, der Abschluss von London habe für Frankreich und den europäischen Frieden neue Sicherheit gebracht. Nach der Ansicht des zur Zeit für die französische Politik maßgeblichen Mannes wären also der Friede Europas immer noch gleichbedeutend mit dem Frieden Frankreichs und die Sicherheit Europas mit der Sicherheit Frankreichs.

Nun, so weit wäre alles streng im Rahmen der neu-französischen Tradition geblieben, und auch die Methodik dieser medrätigen Londoner Gespräche zwischen den führenden Kabinettsmitgliedern der englischen und der französischen Regierungen hält sich äußerlich ganz im Still hinreichend bekannter Entente-Verhandlungen. Es war alles „wie einst im Wal“: Frankreich und England setzen sich erst mal allein zusammen an einen Tisch, handelten vorher die Themen genau aus und fertigten am Ende der übrigen Welt als Ergebnis ihrer Separatgespräche so etwas wie eine fast fix und fertige Verhandlungsanweisung für die Behandlung der den Auswärtigen von Versailles bisher unangenehmen Fragen, als ob die Völkerbündnisverfall, Ab- und Aufrüstung, Ostpat, Donauraum und einiges mehr.

Und trotz alledem sind auffallende Änderungen der politischen Haltung da, die man noch vor einem Dreivierteljahr sowohl in Paris wie in London ins Reich der Fabel verwiesen hätte. Die Note des verstorbenen französischen Außenministers Barthou vom 17. April hatte den auf Grund englischer Vorschläge ziemlich ausföhrlichen Vorverhandlungen mit Deutschland drückt ein Ende gemacht. England ließ eine Höflichkeitsschleife verzeichnen und begann dann neue Sondierungen. Diese schienen um so leichter möglich, als inzwischen in Frankreich das „Kabinett der alten Männer“, Doumergue-Vorhau, von jüngeren Kräften unter Führung eines Frontkämpfers, des Kampfphilosophen Flandin, abgelöst worden war. Die größere Anpassungsfähigkeit dieser neuen Männer an neue Zustände der europäischen Politik ermöglichte es England, nach vor Beginn und auch während der Dauer der Londoner Verhandlungen wiederholt versichern zu lassen, daß Deutschland auf seinen Fall wieder vor eine vollendete Tatsache gestellt werden solle. Wie weit man das zu verwirklichen gedenkt, steht auf einem anderen Blatt; auf jeden Fall bedeutete diese Erklärung ein Abrücken von den berüchtigten Gespögenheiten der „Sieger von Versailles“. Ferner: noch das bekannte Memorandum des englischen Ministerpräsidenten Mac Donald vom vergangenen Jahr hatte von einem Zugeständnis gegenüber Deutschland in der Frage der Luftwaffe nichts wissen wollen. Wenn Deutschland jetzt zum Beitritt zu einem Locarno-artigen Luftabkommen der beiden Westmächte eingeladen wird, dann kann das nur dann einen Sinn haben, wenn Deutschland nicht mehr nach dem Buchstaben des Versailler Diktates in der Luft wehrlos ist.

Und damit sind wir mitten im Hauptproblem der Londoner Abmachungen, wobei es gleichgültig ist, ob man es Deutschlands Gleichberechtigung oder Auf- oder Abrüstung nennt. Hier spielen gegenüber der früheren Haltung der Westmächte sogar zwei Änderungen zugleich hinein: einerseits das deutliche Bestreben Englands, zunächst einmal die Grundlagen eines auch für Deutschland annehmbaren allgemeinen Abkommens zu schaffen, andererseits den Teil V des Versailler Diktates über die einseitige Entwaffnung Deutschlands, über die sogenannte „Abrüstung“ usw. in einer für alle Partner tragbaren Weise aus der Diskussion und überhaupt aus der Welt verschwinden zu lassen. Wenn es freilich in der Londoner Verlautbarung noch heißt, „daß weder Deutschland noch irgendeine andere Macht, deren Rüstungen durch die Friedensverträge bestimmt worden sind, berechtigt ist, durch einseitige Aktionen diese Verpflichtungen abzuändern“, dann ist demgegenüber mit aller Schärfe festzuhalten, daß die Rüstungen der anderen Mächte genau wie die Deutschlands durch den Versailler Text „bestimmt“ worden sind, nämlich Abrüstung nach erfolgter Entwaffnung Deutschlands, und daß gerade Deutschland es ist, das seit fünfzehn Jahren auf die Einlösung dieser Verpflichtung durch die anderen Mächte vergeblich wartet. Der Vorwurf „einseitiger Aktionen“ wäre also vor allem gegen den wahren Hauptgegner Frankreichs zu richten, und es ist angesichts dieser Tatsache schon eine Art von Entgegenkommen, wenn in dem vorhin zitierten Satz des Londoner Communiqués die Worte „noch irgendeine andere Macht“ enthalten sind.

Der merkwürdige Fortschritt aber, der auch in diesem Teil der Londoner Mitteilungen enthalten ist, erscheint in zwei Punkten. Erstens wird betont, daß ein allgemeines Abkommen zwischen Deutschland und den anderen Mächten „frei“ abgeschlossen werden soll: dieses „frei“ kehrt gleich darauf bei der Erörterung etwaiger Einzelpatte im gleichen Zusammenhang noch einmal wieder. Das sollte

Prüfung der Londoner Vorschläge.

Der englische und der französische Botschafter beim Führer.

Der englische Botschafter Sir Eric Bhipps erschien am Sonntagmittag beim Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und übermittelte ihm den vorläufigen Text des englisch-französischen Communiqués. Der Reichsaußenminister meldete dann den englischen Botschafter auf seinen Wunsch für den Abend beim Führer an. Auch der französische Botschafter François-Boucei äußerte den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Führer. Freiherr von Neurath begab sich darauf am Sonntagabend mit dem englischen und dem französischen Botschafter zum Führer. Am Abend übergab dann der englische Botschafter dem Reichsaußenminister das endgültige Londoner Communiqué.

Eine Unterhauserklärung Simons.

Die Londoner Besprechungen in einem Weißbuch niedergelegt.

Im englischen Unterhaus beantwortete Außenminister Sir John Simon einige Anfragen des Oppositionsführers Lansbury zu dem englisch-französischen Verhandlungsergebnis.

Simon wies darauf hin, daß der Wortlaut der amtlichen Mitteilung, die die Ergebnisse der Besprechungen zwischen den britischen und französischen Ministern enthält, jetzt in einem Weißbuch veröffentlicht worden sei. Diesen Bericht über die Besprechungen könnte er zweideutigweise im gegenwärtigen Augenblick nicht weiter ergänzen.

Jedoch erklärte Simon noch zu dem in dem Communiqué vorgeschlagenen Luftabkommen folgendes:

„Ich möchte bezüglich des Planes zur Schaffung eines Abschreckungsmittels gegen einen nicht herausgeforderten Luftangriff in Westeuropa hinzufügen, daß zwischen den französischen Ministern und uns vereinbart worden ist, daß, wenn der Plan angenommen wird, unsere eigene Verpflichtung sich nicht auf Fälle ausdehnen würde, die über die Art von Fällen hinausgeht, die bereits durch die Locarno-Verpflichtungen vorgegeben sind.“

Auf die Frage Lansburys, ob Simon irgendwelche Informationen über den Standpunkt besäße, den die deutsche Regierung gegenüber dieser vorgeschlagenen Abmachung wahrheitsgemäß einnehmen würde und zweitens, wann das Unterhaus in der Lage sein werde, den Plan zu erörtern, erwiderte Simon: „Was den ersten Teil der Frage betrifft, so würde es zu früh sein, eine endgültige amtliche Antwort zu erwarten.“

Auf den zweiten Teil der Anfrage Lansburys antwortete Mac Donald, indem er bemerkte, es sei ganz klar, daß eine Aussprache im Unterhaus stattfinden müsse, über das, was gestern getan worden ist und was infolge dieses Beschlusses folgen mag.“

Der Führer der Liberalen, Sir Herbert Samuel, gratulierte dann dem Außenminister zu dem Erfolge der Londoner Besprechungen. Er hoffe, daß die Besprechungen die Regierung nicht veranlassen würden, ihre Bemühungen zur Erreichung einer Abrüstungskonvention einzustellen. Simon versicherte darauf dem liberalen Parteiführer, daß er in dieser Hinsicht nicht beunruhigt zu sein brauche.

sinngemäß den Verzicht auf die früheren Druckmethoden bedeuten. Diese Vermutung gewinnt um so mehr Wahrscheinlichkeit, wenn man bedenkt, daß ja die für die Westmächte bisher unerlässliche Bedingung, nämlich der Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerverbund vor irgendwelchen Verhandlungen mit ihm, schon in diesen Londoner Mitteilungen fallengelassen worden ist. Und zweitens, das Communiqué hat zwar die Rüstungserklärung vom 11. Dezember 1932 über die Deutschland zu gewährenden Gleichberechtigung nur erwähnt, ohne zunächst mehr zu diesem wichtigsten aller Themen zu sagen; aber es spricht andererseits ganz offen von der Absicht einer „Ersetzung“ der diffamierenden Bestimmungen des Teils V des Versailler Diktates durch eine neue allgemeine Regelung der Rüstungsfrage. Auch an dieser von früher her gewohnten Stelle spricht das Communiqué von einer Rückkehr Deutschlands nach Genf nicht mehr als Bedingung.

Soweit haben jedenfalls die englisch-französischen Verhandlungen gezeigt, daß man es sich auch in Paris langsam abgewöhnt, Deutschland als ein beliebiges und hersehbares Objekt auf dem europäischen Schachbrett zu verwenden.

W. A. R.

Außenminister Laval zu dem Londoner Verhandlungsergebnis.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des holländischen Blattes „Telegraaf“ erklärte der französische Außenminister Laval zu dem Londoner Besprechungen: „Niemand würde sich mehr freuen als ich, wenn unsere Schritte zu einer Annäherung an Deutschland führen würden.“

Die Anerkennung der deutschen Aufrüstung und der deutschen Ansprüche auf eine Luftflotte ist in der an die Reichsregierung ergangenen Einladung, einer Luftkonvention beizutreten, enthalten. Das vorgeschlagene Verfahren verbürgt auf die gleiche Weise

Deutschlands Gleichberechtigung.

Dies alles wird nicht nur gesagt, sondern verwirklicht. Von ganzem Herzen hoffen Flandin und ich, daß Deutschland auf den dringenden Appell, den wir an es richten, eingehen wird. Wir haben in London hart für den Frieden gearbeitet. Der erstrebte Vertrag ist frei von allen Hintergedanken.

„Die Luftkonvention“.

„Die Luftkonvention“, befindet sich zur Zeit erst im Stadium eines Planes und hat noch nicht die Form eines festen Paktes angenommen. Durch den Luftpakt wird Frankreich die Unverletzlichkeit britischen Hoheitsgebietes garantieren, wie England bei dem Locarno-Vertrag Frankreichs Unverletzlichkeit im Falle eines nichtprovokierten Angriffes gewährleistet. Falls Deutschland dem gegenwärtigen Pakt beiträgt, so ist eine dreifache Garantie gegeben, die in jedem Falle in Wirkung tritt, sobald das Gebiet eines der Kontrahenten, zu dem man auch Belgien zu zählen hofft, verletzt wird.“

Der „Völkische Beobachter“ über die Londoner Vereinbarung.

Berlin, 5. Februar. Im „Völkischen Beobachter“ widmet Alfred Rosenberg dem amtlichen Communiqué über den Inhalt der Londoner Besprechungen einen Leitartikel, in dem er u. a. behauptet: „Vergleichsweise ist, wenn die britisch-französischen Minister der Anschauung sind, jetzt eine direkte und wirkliche Zusammenarbeit mit Deutschland anzustreben. Wir sind sogar der Überzeugung, daß es vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre, über Deutschland nicht erst in Rom und in London zu verhandeln, sondern sich amtlich und unmittelbar über die deutsche Auffassung auszusprechen, sonst könnte nämlich, wenn das so weiter geht, in der ganzen Welt der sehr positive Eindruck entstehen, als ob hier tatsächlich nicht eine Zusammenarbeit, sondern von gewisser Seite eine Ausschaltung Deutschlands angestrebt wird mit dem Ziele einer Entzweiung des Deutschen Reiches, nachdem man seinen Abrüstungsverpflichtungen 15 Jahre nicht gefolgt ist. Wenn die Minister der beiden Staaten darin übereinstimmen, daß niemand berechtigt ist, die durch die Friedensverträge festgelegten Rüstungen durch einseitige Aktionen zu ändern, so sind wir damit durchaus einverstanden. Es fehlt dann aber doch der Hinweis darauf, daß eben die in Frage kommenden zur Abrüstung verpflichteten Staaten diese Änderung bereits einseitig dadurch vorgenommen haben, daß sie nicht abgerüstet, sondern in riesiger Form aufgerüstet haben. Hier liegt also bereits seit Jahren eine einseitige Abänderung vor, und deshalb können diese Staaten sich nicht etwa zu Richtern aufwerfen, falls ein Staat im Laufe der Jahre gezwungenermaßen auch zur Ueberlegung gekommen sein sollte, in irgend einer Form eine Veränderung auch seines Verteidigungsstandes anzustreben. Auch wie sind der Ueberzeugung, daß eine allgemeine Regelung, die frei zwischen Deutschland und den anderen Mächten abgeschlossen wird, einen bedeutenden Fortschritt darstellen könnte, wenn die Gleichberechtigung von beiden Seiten von vornherein garantiert erscheint. Das ist die Voraussetzung, unter der eine Unterhandlung allein fruchtbringend sein kann, und die Besprechung dieser Grundfrage kann nicht unmittelbar vermengt werden mit Fragen, die andere politische Probleme betreffen. Aus diesem einen Gesichtspunkt der klar anzuerkennenden deutschen Gleichberechtigung kann sich dann — so hoffen wir — das erstrebte „System der Sicherheiten“ ergeben, und daß der Teil 5 des Vertrages von Versailles hiermit schon sowohl von England als auch von Frankreich preisgegeben wird, erscheint uns als ein doch zu Hoffnungen berechtigendes Aussehen dafür, daß man nunmehr auch der deutschen Verteidigung das Recht ansprechen will, sich so zu gestalten, wie es die offenen deutschen Grenzen erfordern.“